

«Lieber sterbe ich, als nochmals in einer Diktatur zu leben»

Der Aktivist Swe Hlaing Htet will wie die Mehrheit der Burmesen nie mehr zurück in die Isolation und in ein Leben unter den Militärs

SAMUEL SCHLAEFLI

Er sei wie betäubt gewesen und habe während Stunden nichts mehr gefühlt. So erinnert sich Swe Hlaing Htet an den Militärputsch vom 1. Februar in Burma, das offiziell Myanmar genannt wird. «Danach verfiel ich in eine tiefe Trauer. Ich war zurückversetzt in mein Kindheits-trauma», sagt er. «Mein Sohn ist jetzt sieben Jahre alt. Die Vorstellung, dass er dasselbe durchleben könnte wie ich damals, macht mich unendlich traurig.»

Swe Hlaing Htet ist besser bekannt unter seinem Künstlernamen Darko. Er war sieben Jahre alt, als die Militärjunta 1988 einen Studentenprotest, der sich zu einem nationalen Aufstand ausweitete, brutal niederschlug. Tausende von friedlich demonstrierenden Menschen wurden getötet. Später, mit Anfang 20, gründete Darko eine Punkband, organisierte Konzerte unter Autobahnbrücken und schrie gegen die Diktatur der Generäle an.

Bei der Safranrevolution von 2007 stand Darko dann selber auf der Strasse und protestierte mit Tausenden von Mönchen für ein Leben in Würde. «Wir konnten nachts nicht schlafen, weil wir ständig fürchteten, dass die Polizei kommt und uns verhaftet.»

Schergen kommen in der Nacht

Nun lebt Darko wieder in Angst. Während des Telefongesprächs versteckt er sich bei Freunden in Rangun. Er weiss, dass bei ihm daheim oder im Büro jederzeit Polizisten auftauchen könnten. «Die meisten meiner Freunde sind Künstler und Aktivisten. Bei vielen stand die Polizei bereits vor der Tür.»

Ab 20 Uhr gilt in Rangun eine Ausgangssperre. Abend für Abend leeren sich die Strassen der grössten Stadt Burmas. Eine Stunde nach Mitternacht kappt das



Der Dreifingergruss ist zum Symbol der Protestbewegung in Burma geworden.

LYNN BO BO / EPA

«Wenn wir scheitern, dann wird Myanmar nie mehr eine Demokratie sein.»

Nyan
Journalist



Swe Hlaing Htet
Aktivist und Mitglied
einer Punkband

Militär das Internet, das Land versinkt in einem Informationsvakuum. Dann machen sich die Vollstrecker der Militärjunta, Polizisten und Soldaten, oft in ziviler Kleidung, auf die Jagd nach Schlüsselpersonen des Widerstands. Nach Angaben der burmesischen Menschenrechtsorganisation AAPP sind seit dem Coup mehr als 680 Aktivisten, Politikerinnen und Künstler festgenommen worden.

Darko wechselt derzeit alle paar Tage seinen Aufenthaltsort, genauso wie seine Freunde auch. In seinen 40 Lebensjahren hat Darko Depressionen, Suizidgedanken, Verfolgung und Exil durchgemacht. 2015 gründete er das Kollektiv Turning Tables, das Musiker und Musikerinnen fördert, Festivals und Musikvideos produziert und Jugendliche unterschiedlicher ethnischer Gruppen zusammenbringt.

«Wir haben die letzten Jahre verdammt hart für Freiheit und Anerkennung gearbeitet», sagt er sichtlich desillusioniert. «Lieber würde ich sterben, als nochmals in einer Diktatur zu leben.» Vor den Wahlen im November 2020, deren Resultat die Militärs in Rage versetzte, ermutigte Darko die Jugend, an die Urne zu gehen. «Millionen von Jugendlichen wählten zum ersten Mal. Sie forderten mehr Freiheit und trugen wesentlich zum erneuten Erdrutschsieg der National League for Democracy von Aung San Suu Kyi bei», sagt Darko. «Nun sind sie auf der Strasse, weil sie sich um ihre Stimme betrogen fühlen.»

Im Gegensatz zu Darko können nicht alle Aktivisten mit ihrem richtigen Namen in der Zeitung genannt werden. So die Dreissigjährige, die wir

Saijai nennen. Sie gehört jener Generation an, die von den zunehmenden Freiheiten der letzten Jahre profitierte und diese schätzen lernte. Saijai studierte in Malaysia und Irland und arbeitet heute für eine internationale NGO in Rangun.

Der Militärputsch spaltete Saijais Familie: Sie und ihr Bruder kämpfen für die Demokratie – ihr Vater ist ein ehemaliger Major und steht zur Junta. Ihr Vater sei ein sehr gescheiter Mann, sagt sie respektvoll. Doch dabei beginnt sie zu weinen: Ihr Vater und ihre Mutter hätten immer gehorcht und sich der Gehirnwäsche des Militärs ergeben. Saijai hat dies selber erfahren: Bis zum elften Lebensjahr wuchs sie in einer abgeschlossenen Siedlung des Militärs auf. Sämtliche Informationen waren zensiert, der persönliche Freiraum stark eingeschränkt. Vor einigen Tagen sprach Saijai das letzte Mal mit ihrem Vater. Am Telefon verteidigte er den Putsch als nötige Übergangslösung bis zu Neuwahlen im kommenden Jahr. Das war zu viel für Saijai. Sie sperrte die Nummer ihrer Eltern und kappte den Kontakt mit ihnen. «Sie haben den Wert von Demokratie nie wirklich schätzen gelernt. Sie verstehen unsere Generation nicht.»

Saijais zwanzigjähriger Bruder ist in der Studentenbewegung aktiv. Er stecke derzeit mitten in einem Politisierungsprozess, erzählt die ältere Schwester. Nachts schreibe er Petitionen, tagsüber versuche er diese Botschaftern westlicher Länder zu übergeben, um sie von der Dringlich-

keit internationaler Interventionen zu überzeugen. Täglich harren sie dafür Stunden vor den Botschaften in Rangun aus.

Der Putsch eint das Volk

Auch Kyaw verwendet einen falschen Namen. Er berichtet via Videochat von einer grossen Demonstration bei der Sule-Pagode im historischen Zentrum Ranguns, an der er gerade teilgenommen hat. «Für uns geht es um alles; unsere Zukunft steht auf dem Spiel», sagt er noch leicht euphorisiert vom Rausch der Menge. «Das Schöne ist, wir sind heute geeinter als je zuvor.» Jugendliche Bamar marschierten und sangen gemeinsam mit ethnischen Kachin und Rakhine, mit Muslimen, Chinesen und Indern, erzählt er. Nachdem das Land jahrzehntlang entlang ethnischer und religiöser Linien zu zerreißen drohte, scheint der Putsch in den grossen Städten Burmas zu einer plötzlichen Verbrüderung geführt zu haben.

Kyaw trägt ein weisses T-Shirt, aufgedruckt ist eine Hand mit drei ausgestreckten Fingern; das Symbol der Protestbewegung. Die Finger sind regenbogenfarben, und auf der Rückseite seines T-Shirts steht «LGBTQ for democracy». Kyaw ist Gründer einer Organisation, die sich für die Entkriminalisierung von Homosexualität und für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzt, die bis heute oft der Willkür der Polizei ausgesetzt sind. In Longyis, den traditionellen burmesischen

Wickelröcken, und mit wehenden Regenbogenfahnen zog Kyaw gemeinsam mit Hunderten von Schwulen und Lesben, Transsexuellen und Queers durch die Strassen Ranguns. Die Menschen hätten ihnen von den Balkonen zugewinkt, die Stimmung während des Protests sei friedlich und herzlich gewesen, erzählt er glücklich.

Doch die Momente der Freude und Euphorie sind kurz im gegenwärtigen Klima von Angst und Schrecken. «Wir müssen ständig Vorkehrungen für den Schutz unseres Lebens treffen», sagt Kyaw. «In Mandalay hat die Polizei mit Steinschleudern auf Protestierende geschossen.» Bis Anfang dieser Woche wurden drei Demonstrierende durch Schüsse der Armee oder Polizei getötet.

Am grössten sei die Angst aber nachts, sagt Kyaw. Neben den willkürlichen Verhaftungen von politischen Aktivisten fürchtet sich die Bevölkerung vor Räubern und Kriminellen. Vor zwei Wochen entliess das Militär über 23 000 Häftlinge. Viele von ihnen seien drogensüchtig und ohne Geld und Informationen vom Militär in die Nähe des Stadtzentrums gekarrt worden, wird in Rangun erzählt.

Die Bewohner der Stadt versuchen daher, ihre Quartiere selbst zu bewachen. Kyaw schiebt zweimal wöchentlich gemeinsam mit sechs Männern aus seiner Nachbarschaft von 22 Uhr bis frühmorgens Wache. Sie versuchen Polizisten vor dem Eindringen in die Häuser abzuhalten oder Gesuchte frühzeitig zu warnen. Und sie verschrecken Kriminelle.

Plötzlich wieder geschätzt

Als freier Mitarbeiter für internationale Medien berichtet der Journalist, den wir Nyan nennen, täglich über die Umwälzungen in seinem Land. «Das Geld, das ich vormittags als Reporter verdiene, gebe ich am Nachmittag zur Unterstützung der Protestierenden aus», sagt er. Mit anderen Journalisten hat er Brillen und anderes Schutzmaterial für Demonstrierende gekauft. Und thailändische SIM-Karten. So können Aktivisten während der nächtlichen Internetblockade miteinander kommunizieren – denn das Roaming ist nicht von der Sperre betroffen.

«Das einzig Gute am Coup ist, dass die Bevölkerung uns Journalisten plötzlich wieder liebt», sagt er sarkastisch und lacht. Zuletzt waren Journalisten von unabhängigen und internationalen Medien oft als Nestbeschmutzer diffamiert worden, weil sie Kritik an Aung San Suu Kyi äusserten.

Die vom Militär abgesetzte De-facto-Regierungschefin wird immer noch komplett abgeschirmt. Doch sie ist erneut zur Hoffnungsträgerin der Demokratiebewegung geworden. International und bei Menschenrechtsaktivisten in Burma hatte sie allerdings viel von ihrem Ansehen eingebüsst, weil sie die Armee trotz deren Grausamkeiten gegen die muslimische Minderheit der Rohingya in Schutz nahm.

Am Tag nach dem Putsch verliess Nyan seine Familie und suchte Unterschlupf bei einem Freund. «Falls sie mich verhaften, will ich nicht, dass mein vierjähriger Sohn dabei zusieht», sagt er. Zwar sei es bisher noch nicht zu massenhaften Verhaftungen von Journalisten gekommen, doch das könne sich jederzeit ändern.

Nyans Frau blieb mit dem Sohn in der Wohnung in einem Aussenbezirk Ranguns. Doch auch sie beteiligt sich an den Protesten. Ihr Medizinstudium hat sie unterbrochen. Täglich fährt sie 45 Minuten mit dem Fahrrad ins Zentrum, weil der öffentliche Verkehr wegen der Streiks und Autoblockaden praktisch zum Stillstand gekommen ist. Während beide Eltern gegen die Militärdiktatur ankämpfen, schaut die Grossmutter zum Vierjährigen. «Unsere ganze Familie ist im Widerstand geeint; jeder und jede trägt einen Teil dazu bei», sagt Nyan. Die Angst vor einer erneuten Militärdiktatur und jahrzehntelanger Isolation schweisse zusammen. «Wenn wir scheitern, dann wird Myanmar nie mehr eine Demokratie sein.»

Erster internationaler Vermittlungsversuch in Burma scheitert

rt. Phnom Penh · Der erste Vermittlungsversuch einer ausländischen Delegation nach dem Militärputsch in Burma ist bereits gescheitert, bevor er richtig begonnen hatte: Eine für Donnerstagmorgen geplante Reise der indonesischen Aussenministerin Retno Marsudi nach Naypyidaw ist abgesagt worden. Es hätte sich um den ersten Besuch einer ranghohen Ministerin aus einem Asean-Land nach der Machtübernahme durch die Generäle vor drei Wochen gehandelt.

Über die Gründe der Annullierung (oder Verschiebung) ist offiziell nichts bekannt. Es sei nicht der richtige Zeitpunkt dafür, heisst es aus dem indonesischen Aussenministerium. Der Asean-Vorsitz liegt offiziell bei Brunei, dem kleinsten Land des südostasiatischen Staatenbunds, dem Burma, seit 1997 angehört. Inoffiziell eine führende Rolle hat jedoch das grösste Mitgliedsland, Indo-

nesien, wo sich auch das Asean-Sekretariat befindet.

Schon zu Wochenbeginn brandete Jakarta aber eine Welle der Kritik entgegen. Die Idee, man wolle die neuen Macht-haber zur Festsetzung von Neuwahlen verpflichten, stiess innerhalb der Protestbewegung in Burma auf Unverständnis. Denn dies käme einer Annullierung des Volksvotums vom 8. November gleich. Bei diesen Wahlen hatte die Nationale Liga für Demokratie (NLD) von Aung San Suu Kyi einen Erdrutschsieg erzielt.

Die Armeejunta unter General Ming Aung Hlaing will die Niederlage der militärnahen Partei aber nicht eingestehen. Aung San Suu Kyi steht seit dem 1. Februar unter Hausarrest und kann mit der Aussenwelt nicht kommunizieren. Vermutlich versuchte Indonesiens Aussenministerin Retno Marsudi, Aung San Suu Kyi zu treffen. Dies wurde ihr wohl

verwehrt. Auch Vermittlungsversuche der Uno, die über die Sondergesandte Christine Schraner Burgener die Lage sondiert, könnten sich an diesem Punkt reiben. Die geplante Reise von Retno Marsudi rief auch grundsätzliche Bedenken hervor: Ein Besuch in diesen Tagen, da die Junta keinerlei Kompromissbereitschaft zeige und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung anwende, käme implizit einer Anerkennung des Regimes gleich.

Derweil wächst der internationale Druck auf die Putschisten weiter. Auch unter den Asean-Staaten wird das Unbehagen über die krude Machtergreifung und die kriegerische Rhetorik des Regimes immer grösser; zu den diesbezüglichen Wortführern gehören Singapur, Malaysia und Indonesien. Dazu kommen Sanktionen der westlichen Staaten, allen voran der USA, Grossbritanniens und der EU.